

DEUTSCHE POLITIK

ZUR AUSSEN- UND INNEN- POLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM FRÜHJAHR 1960

Wir hatten unsere letzte Betrachtung zur „Deutschen Politik“ (Heft 2/60) mit dem Zitat aus einer anglikanischen Kirchenzeitschrift geschlossen, in dem die geistige und körperliche Energie *Adenauers* angezweifelt wurde, mit dem Krebschaden einer Wiederbelebung des Nazismus fertig zu werden, und die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß er abtrete.

Drang zur Verjüngung

Inzwischen hat es, was das Generationenproblem anlangt, interessante neue Entwicklungen gegeben. Die Kommunalwahlen in Bayern vom 27. März haben dadurch fast sensationelle Bedeutung erlangt. Ein 34-jähriger Sozialdemokrat, der Rechtsreferent Dr. *Hansjochen Vogel*, ist in München zum jüngsten und zur Zeit populärsten Oberbürgermeister der Bundesrepublik gewählt worden, noch dazu mit einer bisher noch nie gekannten Mehrheit von 64 Prozent. In der uralten Bischofsstadt Regensburg brachte es der 44-jährige Sozialdemokrat *Schlichtinger* gar auf 72 Prozent. In beiden Städten erreichten die Sozialdemokraten dank der Popularität ihrer Kandidaten die absolute Mehrheit im Stadtparlament, und das Ergebnis wird hier wie da, von der CSU als katastrophal angesehen. Ähnliche Überraschungen gab es in kleineren Städten wie Trunstadt bei Bamberg und Miesbach (Oberbayern).

Die Grundlage dieser sozialdemokratischen Erfolge ist ein offensichtlich in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschender Überdruß an den alten Politikern, denen Schlendrian, Nichterfüllung der modernen städtebaulichen Aufgaben, Gvatterwirtschaft, wenn nicht noch Schlimmeres vorgeworfen wird. Diese Kritik richtet sich vorwiegend gegen die CSU und die Bayernpartei, denen die Spielbankaffäre viel geschadet haben dürfte.

Zudem scheint das Godesberger Programm mit seiner freundlichen Einstellung zu Kirche und Religion viele weltanschauliche Bedenken weggeräumt zu haben, die bisher in Bayern noch gegen die Wahl von Sozialdemokraten bestanden haben. Die katholische Geistlichkeit suchte (und sucht nach der Wahl in verstärktem Maße) Kontakt zu jüngeren sozialdemokratischen Politikern und hat sich bei den Kommunalwahlen bei weitem nicht mehr so stark für die CSU eingesetzt wie früher. Allerdings beginnen diese Vorgänge auch die junge Generation innerhalb der CSU zu mobilisieren.

Innerhalb der katholischen Führung, und zwar nicht nur in Bayern, gibt es zur Zeit gewisse Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zur Sozialdemokratie. Nicht alle Geistlichen haben soviel Verständnis für die Notwendigkeit, nicht nur auf CDU/CSU zu bauen, sondern auch zur Sozialdemokratie ein erträgliches Verhältnis zu finden, wie Münchens Kardinal *Wendel* oder der bekannte katholische Sozialpolitiker und Jesuitenpater Professor Dr. *von Nell-Breuning*. Der Kölner Kardinal *Frings* scheint sich nach wie vor ablehnend zu verhalten.

Das Verständnis für die notwendige Verjüngung der Führungsschicht und für die Heranziehung der jungen Generation zur Politik hat sich auch bei den Sozialdemokraten im Norden durchgesetzt. Es hat in Hamburg nicht einmal vor so untadeligen und populären Persönlichkeiten wie *Adolph Schönfelder* und *Max Brauer* haltgemacht. Der 85-jährige Schönfelder hat seinen Präsidentenstuhl in der Bürgerschaft (Landtag) dem nicht viel mehr als halb so alten Sozialdemokraten *Herbert Dau* abgetreten, und der 73-jährige Bürgermeister Max Brauer wird seinen Platz am Jahresende dem 58-jährigen Rechtsanwalt Dr. *Paul Nevermann* überlassen, der sowohl durch die glänzende Art, wie er von 1953 bis 1957 die Opposition der Sozialdemokraten in Hamburg geführt hat, als auch seit 1957 als Bausenator durch seine Erfolge im Wohnungsbau wie durch die Fülle seiner Ideen Aufsehen erregt hat. Der trotz seiner Jahre noch jugendfrische Max Brauer wird sich keineswegs von der Politik zurückziehen, sondern er wird für den Bundestag kandidieren und die besonderen Belange Hamburgs in Bonn mit noch größerem Nachdruck vertreten.

Noch ein charakteristisches Beispiel aus Bayern: in Nürnberg wählte die Stadtratsfraktion der SPD ihr jüngstes Mitglied, den 30-jährigen *Willy Pröss*, als Nachfolger des 75-jährigen Stadtrats *August Meier* zum Fraktionsvorsitzenden, und die CSU stellte ihm in dem 32-jährigen Dr. *Oscar Schneider* einen fast ebenso jungen Kontrahenten entgegen; beide Wahlen erfolgten einstimmig.

Adenauer-Alternative: Willy Brandt

Die erstaunlichen Erfolge der jungen Kandidaten in Bayern dürften auch die letzte Entscheidung für die sozialdemokratische Taktik bei der nächstjährigen Bundestagswahl gegeben haben. Obwohl ein offizieller Parteibeschluss erst auf dem Parteitag in Hannover im November gefaßt werden wird, kann jetzt kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die SPD ihren Wahlkampf mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister *Willy Brandt* als Kanzler-Kandidaten führen wird. *Konrad Adenauer* hat bei der Auswahl eines Nachfolge-Kandida-

ten in der eigenen Partei so sehr versagt, er hat darüber hinaus sich so sehr bemüht, Willy Brandt gegen seine eigene Partei, die SPD, aufzubauen und auszuspielen, daß er selbst und seine CDU/CSU nun in eine verzwickte Situation geraten sind. Gegen eine Sozialdemokratie, die mit Brandt an der Spitze in den Wahlkampf geht, wird man nicht wieder mit dem Schlagwort vom „Untergang Deutschlands“ operieren können, so unverhohlen aus CDU-Kreisen jetzt schon mit „Enthüllungen“ gedroht werden mag.

Dabei sind beide Möglichkeiten in dem Verhalten Adenauers gegenüber Brandt durchaus enthalten: daß der Kanzler die Unterstützung des Berliner Bürgermeisters und seiner Partei angesichts der bevorstehenden schweren Gipfelkonferenz-Entscheidungen in Anspruch nehmen und zu gleicher Zeit sie noch im letzten Augenblick an den zu erwartenden Fehlschlägen seiner Politik beteiligen möchte. Bereits vor Adenauers kleiner Weltreise war davon die Rede, er wolle am liebsten Brandt mit nach den USA nehmen. Der junge Berliner Bürgermeister war gut beraten, als er auf solche Andeutungen nicht reagierte und sich nicht in dieses Abenteuer hineinziehen ließ. Dann kam, nach der Unterredung mit *Eisenhower*, über deren Mißerfolg auch alle optimistischen Floskeln nicht hinwegtäuschen konnten, Adenauers Einfall, eine Volksabstimmung der West-Berliner vor der Gipfelkonferenz vorzuschlagen — eine Idee, die, abgesehen davon, daß sie den Verhandlungsspielraum der Westalliierten unerträglich eingeengt und damit eine Einigung über Berlin von vornherein zum Scheitern verurteilt hätte, auch noch eine Anzahl anderer gefährlicher Haken Staats- und völkerrechtlicher wie politischer Natur enthält.

Noch von Tokio aus vereinbarte der Kanzler für den 5. April in Bonn ein Treffen mit dem Berliner Bürgermeister. Assiiert von seinem Vize, dem CDU-Mann *Amrehn*, ließ Brandt sich in der mehrstündigen Unterredung nicht von seinem Standpunkt abbringen: Daß keine Umstände eingetreten seien, die dazu zwängen, das bei der Wahl vom Dezember 1958 klar zum Ausdruck gebrachte Bekenntnis der Berliner zur Freiheit zu überprüfen; daß er aber bereit sei, eine Volksabstimmung durchzuführen, wenn die Westmächte und die Bundesregierung es ausdrücklich verlangten. Der Versuch Adenauers, dem Berliner Senat die Entscheidung zuzuschieben, ist damit gescheitert, ebenso wie auch die wohl bei Adenauer zeitweise vorhandene Absicht aufgegeben wurde, Brandt zu diesem Zwecke nach den USA zu schicken.

Das Verhältnis zu Großbritannien

Daß es in den USA und in Großbritannien besondere Vorstellungen über Berlin gibt, die uns Bundesrepublikanern nicht unbedingt ge-

fallen, kann nicht geleugnet werden. Aber schließlich brauchen die Alliierten einen Verhandlungsspielraum und können nicht mit der alten Adenauer-Vorstellung, über Berlin überhaupt nicht zu verhandeln, nach Paris gehen. Adenauer hat sich in Washington dem Konzept Eisenhowers beugen müssen. Den Deutschen bleibt im Augenblick nichts anderes übrig, als Vertrauen in die Zusicherungen ihrer Verbündeten zu haben. Mit Recht hat Brandt dem Adenauer-Wort, auf die Engländer sei kein Verlaß, 24 Stunden später auf einer Gewerkschaftskundgebung in West-Berlin den Satz entgegengesetzt: „Nichts berechtigt zu dem Mißtrauen, daß England nicht bereit sei, genau so treu und opferbereit wie bisher für die Freiheit Berlins einzutreten.“

Eine der ersten Aufgaben einer neuen Bundesregierung müßte es sein, die deutsch-englischen Beziehungen zu verbessern, die durch die einseitige Frankreich- und EWG-Politik des Kanzlers so schlecht geworden sind. Ein Wirtschaftskrieg zwischen den beiden innereuropäischen Wirtschaftsblöcken EWG und EFTA, den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den sieben der Freihandelszone, zeichnet sich ab. Premierminister *Macmillan* hat mit dem Wort „Austerlitz“ historische Erinnerungen an die von Napoleon gegen England verhängte Kontinentalsperre wachgerufen, und man droht in Großbritannien ganz offen mit einem britisch-sowjetischen Bündnis für den Fall, daß die Bundesrepublik und ihre EWG-Partner einen Wirtschaftskrieg gegen Großbritannien und seine Freihandelspartner zu führen gedenken.

Das gemeinsame französisch-sowjetische Interesse

Das Verhältnis der Bundesrepublik zu Frankreich konnte dank dem Umstand, daß die Franzosen auf die antideutschen Reden *Chruschtschows* bei seinem Frankreich-Besuch nicht allzu freundlich reagierten, in Bonn viel zu vordergründig und oberflächlich interpretiert werden. Aber wenn Chruschtschow den Eintritt Frankreichs in den Atomklub billigte, wenn er, zunächst wenigstens, nicht in Nordafrika zu intervenieren sich bereit fand, so sollte man auch in Bonn wissen, daß er seinerseits dafür etwas bekommen haben muß. Und das ist das, wenigstens stillschweigende, Einvernehmen zwischen Chruschtschow und *de Gaulle* über den Status quo der deutschen Teilung, das anlässlich des sowjetischen Staatsbesuches in Frankreich erzielt worden ist.

Tiefstand des deutsch-sowjetischen Verhältnisses

Das deutsch-sowjetische Verhältnis hat in dem vierjährigen Bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten jetzt da-

mit, daß Moskau eine Bonner Protestnote gegen die antideutschen Äußerungen Chruschtschows in Frankreich zurückgegeben hat, seinen tiefsten Punkt erreicht. Natürlich waren die Ausfälle der sowjetischen Politiker und Presse gegen die Bundesrepublik in der letzten Zeit oft maßlos. Den Gipfel erreichte die regierungsamtliche *Iswestija* mit der Andeutung, Adenauer habe wohl selbst die Hakenkreuze neben seinen Namen ins Gästebuch der amerikanischen Nationalgalerie in Washington gemalt. Andererseits kann man aber nicht leugnen, daß diese Angriffe die Quittung auf unkluge und großsprecherische Äußerungen bestimmter Bonner Regierungspolitiker sind; man braucht nur an die Phrasen vom „Todfeind“ zu erinnern, den man von der Landkarte wegradieren müsse, oder, aus jüngster Zeit, an „die besondere Mission der Bundesrepublik im Kampf gegen den Kommunismus“, die der Bundeskanzler in seiner Rede beim Papst in Anspruch nahm. Jetzt, da die Sowjets gewisse Differenzen zwischen Bonn auf der einen, Washington und London auf der anderen wahrnehmen zu können glauben, erntet die Bundesregierung für den Wind, den sie gesät hat, Sturm.

Man kann auch nicht umhin, festzustellen, daß die der Bundesregierung zurückgegebene Note äußerst scharf war und, indem sie die Ehrlichkeit der Entspannungsbemühungen der Sowjets anzweifelte, von diesen als beleidigend empfunden werden konnte. Dem neuen diplomatischen Ton, der seit einiger Zeit zwischen den westlichen Großmächten und der Sowjetunion üblich ist, trägt sie in keiner Weise Rechnung. Die notwendige Festigkeit in der Haltung gegenüber der Sowjetregierung verpflichtet keineswegs zu einem heftigen Ton, mit dem Bonn offensichtlich über das Nichtvorhandensein einer eigenen Verhandlungskonzeption für die Gipfelkonferenz hinwegtäuschen möchte. Nach wie vor steht Chruschtschows Erklärung in einer seiner letzten Noten an die Bundesregierung im Raum, er sehe keinen anderen Weg zu einer gründlichen Gesundung der Lage in West-Berlin als die Umwandlung in eine freie Stadt; wenn Adenauer eine andere Lösung sehe, möge er sie vorschlagen.

Ein solcher Vorschlag ist nicht gekommen. Auf der anderen Seite mehren sich in den USA und Großbritannien die Stimmen, die zwar nicht West-Berlin, wohl aber Gesamt-Berlin zu einer Freien Stadt machen möchten. Die kürzlich erfolgte Veröffentlichung des State Departement über die Berlin-Vereinbarungen der Großmächte von 1943 bis 1945 mag zwar einseitige sowjetische und sowjetzonale Ansprüche zurückzuweisen geeignet sein. Nicht weniger eindeutig aber stellt sie fest, daß gemäß diesen Abmachungen West-Berlin auch nicht zur Bundesrepublik gehört, und bereitet damit ebenfalls eine Schwenkung zur Freistadtlösung für Gesamt-Berlin vor, die

uns Deutschen nicht behagen kann, weil sie, von all den unliebsamen historischen Erinnerungen an Danzig abgesehen, uns von dem Ziel der Wiedervereinigung entfernt und an die Stelle des zweigeteilten Deutschland ein dreigeteiltes setzen würde.

Der Fall Oberländer

Die Sowjets und ihre Verbündeten haben in den letzten Monaten eine auch im westlichen Ausland recht wirkungsvolle Propaganda gegen die Regierung Adenauer zu inszenieren verstanden mit dem Ziel, sie als kriegsflüsternd, erobrerungslustig, neonazistisch und verständigungsfeindlich hinzustellen. Noch mehr Stoff als die antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik hat ihnen die Affäre des Vertriebenenministers Prof. *Theodor Oberländer* geliefert. Lange hat der Bundeskanzler diesen seinen Minister gehalten; am Ende hat er ihn, trotz des Triumphes, den er damit dem Osten verschafft hat, doch opfern müssen, und zwar nicht nur auf Betreiben der Sozialdemokraten und Freien Demokraten, sondern auch eines Teiles seiner eigenen Fraktion. Oberländer hat Anfang April einen Urlaub angetreten, aus dem er nicht mehr in sein Amt zurückkehren, sondern sich — nach Vollendung des 55. Lebensjahres am 1. Mai — mit einer runden Ministerpension von 3000 DM und Abgeordnetenbezügen von etwa 2000 DM monatlich in den Ruhestand zurückziehen sollte. Inzwischen hat er es sich aber schon wieder anders überlegt . . .

Wenn Oberländer, der 1941 politischer Offizier der Ukrainer-Einheit „Nachtigall“ war, auch kaum eine Mitschuld oder Beteiligung an den Polen- und Judenmassakern von Lemberg nachzuweisen sein dürfte, so hat die öffentliche Erörterung seines Falles doch eine Fülle von Peinlichkeiten enthüllt, beginnend mit der Behauptung, er habe von solchen Erschießungen nichts bemerkt, bis zu der in ein Bundestagshandbuch hineinlancierten Erklärung, er sei 1943 in Prag von Himmler zum Tode verurteilt worden — eine Sache, die wegen ihrer Unglauowürdigkeit im Bundestag auf allgemeine Betroffenheit stieß. Was in jedem Falle gegen Oberländer vorzubringen bleibt ist, daß er ein führender Vertreter nationalsozialistischer Ost-Politik war und daß er trotzdem jahrelang Minister Adenauers sein konnte. Daß man ihn im Ausland nach wie vor auch für schuldig hält, nationalsozialistische Verbrechen begangen zu haben, geht aus dem Kommentar der nationalistischen französischen Zeitung *Aurore* hervor, die schreibt: „Der kommende Rücktritt Oberländers ist nicht genug. Der Minister muß sich für seine Verbrechen verantworten und wird hoffentlich eine strenge Strafe erhalten ...“ In diesem Zusammenhang wird von dem Blatt auch eine gründliche Säuberung der Verwaltung, der

Justiz und des Lehrkörpers in der Bundesrepublik gefordert.

Die Affäre Oberländer erhielt eine besondere Pikanterie durch die Veröffentlichung eines Briefes, den Oberländer bereits am 16. August 1948 an den Fürsten zu Waldburg-Zeil auf Schloß Zeil (Württemberg) gerichtet hat und in dem er 1. ein Programm der politischen Kriegführung bis zum Ausbruch des Waffenkrieges (gegen die Sowjetunion), 2. ein Programm zur Unterstützung des Waffenkrieges und 3. ein Friedensprogramm (für die Behandlung der Bevölkerung nach der Eroberung der Sowjetunion) entwickelte. Das Dokument ist insofern besonders interessant, als es eine Bewegung ideologisch vorbereitete, die einige Jahre später unter den Namen „Abendländische Aktion“ und „Abendländische Akademie“ bekannt wurde und deren Initiator und materieller Förderer besagter Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg war. Zu den prominenten Mitgliedern dieser Bewegung zählten außer Oberländer die Bundesminister von Brentano, von Merkat, Dr. Wuermeling, Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger, höchste Richter, Bischöfe und Universitätsprofessoren. Enge Beziehungen bestanden zu dem „Europäischen Dokumentationszentrum“ in Madrid unter dem Vorsitz des immer noch auf den österreichischen Kaiserthron aspirierenden Otto von Habsburg. Bei der dritten Tagung des Dokumentationszentrums 1954 in Santander wurde unter Beteiligung deutscher Gäste ein Gebet an den Heiligen Jakob gesprochen, in dem „die Ebenen von Polen und Böhmen, die Puszta Ungarns, die Berge der Slowaken, die Küsten der Kroaten und die reichen Täler der Rumänen“ genannt wurden, für die „im Geiste der Kreuzzüge für eine europäische Befreiung einzutreten“ Pflicht sei.

Die romantisch-abendländischen Spanienreisen von Bundesministern und anderen prominenten CDU/CSU-Politikern haben Ende Februar durch eine die ganze Welt bewegende Veröffentlichung der *New York Times* einen recht realen Hintergrund erhalten. Die Bundesregierung hatte mit spanischen Stellen vorbereitende Gespräche über die Anlage von Versorgungsbasen und Übungsplätzen für die Bundeswehr geführt. Einige Dementis im Anfang machten die Sache nur noch schlimmer. Bundesverteidigungsminister Strauß sprach wütend von „gezielten Indiskretionen“, die dem *New York Times*-Korrespondenten Sulzberger in die Hände gespielt worden seien. Amerikaner, Engländer und Franzosen waren verstimmt, Chruschtschow hatte ein neues Bonbon für die Gipfelkonferenz. Man erneuerte peinliche Erinnerungen an die Rolle der NS-„Legion Condor“ im spanischen Bürgerkrieg und sprach spöttisch von einer „Legion Conrad“. In der Angelegenheit trat aber recht bald wieder Ruhe ein, offensichtlich unter dem Druck einer bestimmten Industrie, der die öffentliche Diskussion unter den

NATO-Partnern recht ungelegen kam. Aus den Versorgungsbasen und Übungsplätzen für die Bundeswehr in Spanien wurde aber vorläufig nichts.

„Umgang mit Afrikanern“

Industriekreise waren es auch, die in anderen politischen Angelegenheiten von sich reden machten. Auf der Leipziger Messe zogen sich Direktoren ausstellender Firmen der westdeutschen Schwerindustrie (*Krupp, Mannesmann*) die heftige Kritik des Bundeskanzlers in der Öffentlichkeit zu wegen der freundlichen Gespräche, die sie bei dieser Gelegenheit mit dem Ministerpräsidenten der Sowjetzone, *Walter Ulbricht*, geführt hatten. Der gleiche Tadel blieb allerdings aus, als ein westdeutsches Industrieblatt, der *Industriekurier*, anlässlich des Dilemmas um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen *Guineas* zur Ostzone in einem Artikel „Über den Umgang mit Afrikanern“ von „unverschämten und größenwahnsinnigen Emporkömmlingen, Gernegroßen, Analphabeten und Fetischgläubigen“ sprach, denen gegenüber die Weißen anscheinend „das früher selbstverständliche Gefühl der Überlegenheit und Würde“ verloren hätten.

Der von Bonn angedrohte Abbruch der Beziehungen ist schließlich durch die Erklärung des Präsidenten *Sékou Touré*, sein Land habe keine offiziellen Beziehungen zur DDR, vermieden worden, eine Erklärung, zu deren Entgegennahme erst ein Abgesandter Bonns in einen abgelegenen Urwaldort reisen mußte. Wie unangenehm der deutsche Ton in dieser Sache auch im befreundeten Ausland aufgenommen wurde, zeigt eine Äußerung der *Züricher Tat*, die die Bescheidenheit und Offenheit, mit der *Sékou Touré* erklärte, jeder könne einen Fehler begehen oder das Opfer einer Indiskretion werden, in mehreren Ministerien Bonns, vor allem im Außenministerium, aufzuhängen empfahl und dazu meinte: „Auch Bonn könnte von Sekou Toure noch etwas lernen . . .“

Die *Hallstein-Doktrin*, die besagt, daß die Bundesrepublik mit keinem Staat diplomatische Beziehungen unterhält, der offizielle Beziehungen zur DDR hat, ist zwar für den Augenblick gerettet. In Wirklichkeit aber hat sich an dem Tatbestand nichts geändert, daß Pankow zu einer ganzen Reihe von Staaten der neutralen afrikanisch-asiatischen Gruppe De-facto-Beziehungen in einem Umfang unterhält, der den der De-jure-Beziehungen der Bundesrepublik um ein Vielfaches übertrifft. Das immer noch gute Ansehen des deutschen Namens in Afrika, Asien und zum Teil auch schon in Südamerika wird zur Zeit mehr von der DDR als von der Bundesrepublik wirtschaftlich und politisch ausgewertet.

Eine Belastung der Bundesrepublik zur bevorstehenden Gipfelkonferenz ist auch der Austro-Amerikaner *William S. Schlamm*, der nach wie vor bei uns sein Unwesen treibt. Er hat zwar den Chefredakteur der Zeitschrift *Das freie Wort*, die eine Darstellung seiner Vergangenheit veröffentlichte, wegen übler Nachrede verklagt, aber neuerdings in öffentlichen Diskussionen mit *Erich Kuby* und dem CDU-Bundestagsabgeordneten *Peter Neuen*, der ihm (vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 10. 4. 1960) eine schwere moralisch-politische Nie-

derlage bereitete, seine Thesen von der Notwendigkeit, einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion einzukalkulieren, nur noch verschärft. Bis jetzt hat sich noch niemand bereitgefunden, gegen ihn wegen verbotener Kriegshetze vorzugehen. Der frenetische Beifall einer gewissen Hörschicht auf solche Reden muß ebenso nachdenklich stimmen wie die Toleranz, mit der die Bundesregierung ihn ungestraft die Atmosphäre vor der Gipfelkonferenz bei uns verderben läßt.

Dr. Hans Henrich